

Hermann Dierkes

Duisburg, den 20.03.09

Offener Brief

An die Unterzeichner der gemeinsamen Erklärung
c/o Bundesgeschäftsführer DIE LINKE
Dietmar Bartsch

Lieber Dietmar,

nachdem ich mich wieder einigermaßen stabilisiert habe, möchte ich auch Dir und den 33 weiteren Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern der Erklärung „Mit Boykottaufrufen ist eine Lösung im Nahost-Konflikt nicht zu erreichen“ – antworten. Ich bitte Dich, mein Schreiben auch den übrigen Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern zukommen zu lassen. Da Eure gemeinsame Erklärung öffentlich gemacht und auch im parteiinternen Newsletter abgedruckt worden ist, ohne zumindest meine Erklärung vom 24.02.09 (siehe Anlage) ebenfalls zu dokumentieren, bitte ich nun auch um Abdruck meines heutigen Antwortschreibens.

Genossinnen und Genossen,

die heftige Kontroverse um den Israel-Boykott hat eine Reihe von programmatischen, politischen und Organisationsfragen aufgeworfen. Wir sollten größtes Interesse daran haben, sie Zug um Zug zu klären und nicht durch Stoppschilder und Ausgrenzung zu beenden. Die öffentliche und parteiinterne Resonanz beweist, dass Klärungsbedarf besteht, die Partei ist gefordert.

Zunächst möchte ich nochmals klarstellen, dass ich nicht im Namen der Partei zu Boykott und Sanktionen gegen Israel aufgerufen habe. Im Rahmen eines persönlichen Diskussionsbeitrags gegen Ende einer örtlichen Veranstaltung des Duisburg-Hamborner Ortsverbands der LINKEN zum Thema „Palästinensische Realität heute – Wege zu einem gerechten Frieden in Nahost und nach dem Film „Die Eiserne Mauer“ des palästinensischen Filmemachers M. Alatar habe ich auf den Aufruf der sozialen Bewegungen beim Weltsozialforum von Belém hingewiesen. Referent war übrigens ein kompetenter Vertreter der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft.

Des Weiteren möchte ich wiederholt klarstellen, dass das mir unterschobene „Zitat“ der WAZ, ich hätte mich „bewusst“ in den Zusammenhang von Boykottaufrufen gegen Juden durch die Nazis gestellt, eine absichtliche Verkürzung dessen war, was ich dem WAZ-Journalisten auf seinen Anruf hin gesagt habe und eine geradezu infame Verfälschung meiner Argumentation. Von Euch hätte ich erwartet, dass Ihr zumindest beim Duisburger Kreisverbandsvorstand nachfragt, bevor Ihr in den Chor der „Verurteiler“ einstimmt. Nach den Erfahrungen in Hessen und anderswo sollte das endlich die übliche Verfahrensweise in unserer Partei werden, anstatt sich von Presseterminen unter Zugzwang setzen zu lassen und im Zweifel über die eigenen Leute herzufallen.

Nach Eurer gemeinsamen Erklärung gehe ich allerdings davon aus, dass es nicht in erster Linie um ein Missverständnis auf Grund einer Verfälschung geht, sondern um unterschiedliche Positionen in der Frage von Boykott und Sanktionen gegen Israel generell. So ist das nach meiner Einschätzung auch von sehr vielen aufgefasst worden, die diese Kontroverse verfolgt haben. Zahlreiche Menschen, die mich aus langjähriger gewerkschaftlicher und politischer Arbeit kennen, haben das böse Spiel durchschaut und mich ihrer Solidarität versichert. Wir – d.h. der Kreisverband und ich selbst bekommen bis heute einen Strom von Mails, Briefen und Solidaritätsbeweisen – wie bei keinem anderen Thema zuvor - von innerhalb und außerhalb der Partei, aus dem In- und Ausland. Das Thema bewegt die Mitmenschen spätestens nach dem

Gaza-Krieg ganz offensichtlich und die politischen Mainstream-Antworten haben massiv an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Und ich füge hinzu: Das gilt in gewisser Weise auch für die Partei DIE LINKE, die sich an den Antikriegsdemonstrationen im Januar nur sehr schwach beteiligt hat und durch die Teilnahme des einen oder anderen Vertreters an Pro-Israel-Aktionen Verwirrung erzeugt hat, darunter Mitunterzeichner Klaus Lederer.

Unter den vielen Solidaritätsbekundungen befinden sich zahlreiche von GewerkschafterInnen, GlobalisierungskritikerInnen, Menschen, die sich erklärtermaßen bisher nicht politisch an der LINKEN orientiert haben, viele MigrantInnen und etliche jüdische Stimmen. Stellvertretend dafür, dass nicht alle Medien in den Chor der Verleumdungen gegen mich eingestimmt haben, will ich nur den Chefredakteur von Radio Duisburg erwähnen, der die über meinen „Fall“ erneut angestoßene Diskussion über einen Boykott angesichts der, so wörtlich, „israelischen Gräueltaten“ im Gaza-Krieg in seinem viel beachteten Wochenkommentar für legitim hält.

Gegen den medialen Popanz, der aus mir gemacht wurde und gegen die daraus erfolgte schwere Rufschädigung habe inzwischen eine wohl dokumentierte Beschwerde beim Deutschen Presserat eingereicht. Ich kämpfe um meine Rehabilitierung, ich will dazu beitragen, dass auch die verleumderischen Angriffe auf die LINKE zurück genommen werden und eine faire Diskussion innerhalb der Partei stattfinden kann über die vielen programmatischen und politischen Fragen, die mit der Kontroverse aufgeworfen sind.

Viele Hinweise und Beweise deuten darauf hin, dass die WAZ dieses Thema so hoch gezogen und an erster Stelle den politischen Rufmord betrieben hat, um einen aussichtsreichen OB-Kandidaten der LINKEN in Duisburg aus dem Feld zu schlagen und der LINKEN gerade im Superwahljahr insgesamt zu schaden. Der Vorwurf des Antisemitismus war nichts anderes als das Instrument dazu. Inzwischen gibt es etliche Hinweise darauf, dass Parteien und Verbände, die zunächst in den Chor der Verurteilungen eingestimmt hatten, erste Neubewertungen vornehmen, nachdem ihnen deutlich geworden ist, was sich eigentlich abgespielt hat. Die politische Entwicklung in Israel selbst und erschreckende Nachrichten mit weiteren Einzelheiten von den Kriegsverbrechen in Gaza scheinen nüchterne Analysen zu begünstigen.

Eure Erklärung bedient leider auch den Mainstream und eine sehr problematische außenpolitische Doktrin der Bundesrepublik. Ich halte das für sehr bedauerlich und es hat mich sehr betrübt, dass Ihr mich nicht wenigstens mit einem einzigen Satz gegen die unsäglichen Verleumdungen in Schutz genommen habt. Ich gestehe: Angesichts Eurer Erklärung hatte auch ich so meine Assoziationen, um einen Begriff von Euch zu verwenden. Ich kann mich noch an Zeiten erinnern, es war Ende der sechziger Jahre, als ich auf meine ersten Leserbriefe als Abendgymnasiast gegen die Apartheid in Südafrika böse Antworten erhalten habe, wo die erbärmlichen Unterdrückungsverhältnisse dort buchstäblich schön geredet wurden. Schlagartig kam mir die Erinnerung daran hoch, wie es bei uns jungen Gewerkschaftern Anfang der siebziger Jahre ankam, als der damalige IG Metall-Vorsitzende und stv. Aufsichtsratsvorsitzende von VW, Eugen Loderer, nach einer Südafrikareise erklärte, ein Land mit den Problemen Südafrikas könne „nicht rundum demokratisch sein“ und von den damals geforderten (und praktizierten) Boykottmaßnahmen abriet, „weil sie nur die Arbeitnehmer trafen ...“. Des Weiteren hatte ich noch einmal die Zeit vor Augen, wo uns Flugblätter der PDS in Duisburg vor die Füße geworfen wurden nach dem Motto: „Ihr habt uns gerade noch gefehlt“. Eine Zeit, wo die Partei ständig verleumdet und für alles Mögliche verantwortlich gemacht wurde, wo schließlich unsere beiden Abgeordneten Gesine Löttsch und Petra Pau im Bundestag gedemütigt wurden und noch nicht einmal ein Tischchen bekamen. Mit vielen anderen Genossinnen und Genossen haben wir gegen gehalten, mutig weiter gekämpft, wir haben unsere Glaubwürdigkeit und persönliche Integrität in die Waagschale geworfen. Wir haben hier über die Jahre erhebliche politische und organisatorische Erfolge erzielt. Ich erwarte dafür von Euch keinen Dank, ich will Euch nur den Spiegel vorhalten. Seid sicher, dass Eure abwertende Stellungnahme, in der ihr es noch nicht einmal für nötig haltet, meinen Namen zu erwähnen, auch vielen Parteimitgliedern und Sympathisanten zu denken gegeben hat. Sie beurteilen meine Lebensleistung anders als es aus Eurer Erklärung

hervorgeht: Ich hätte „zu Recht öffentliche Empörung hervorgerufen“. „Mit Boykottaufrufen ist eine Lösung im Nahost-Konflikt nicht zu erreichen.“ „Der Kommunalpolitiker trat von seiner Kandidatur zurück. Damit hätte diese unerfreuliche Angelegenheit nicht mehr Thema des Bundesparteitages werden müssen.“

Nach Eurer Erklärung steht für Euch fest, dass „solche Äußerungen“ (welche genau, die verfälschten?) unter Hinweis auf die Erklärung von Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau „angesichts der deutschen Geschichte unsägliche Assoziationen wecken und finsterste Klischees bedienen“.

Dazu Folgendes: Bis heute haben wir nicht eine einzige Zuschrift bekommen, die diese Behauptung belegen würde. Die Welle rechter Zustimmung – sie hätte sich ja auch in den zahlreichen Mails, Briefen usw. zeigen müssen - an unsere Adressen gab es nicht. Nach dem Abebben der tagelang anhaltenden Zuschriften mit haarsträubenden Anwürfen, Diffamierungen und Unterstellungen haben wir durchweg Schreiben, Briefe und Anrufe bekommen, die von humanistischen Einstellungen geprägt sind, sich gegen das schreiende Unrecht in Nahost aussprechen und politischen Handlungsbedarf sehen und die den Vorwurf des Antisemitismus gegen mich klar zurückweisen. Ob ein Boykott die richtige Antwort ist oder andere Formen von Sanktionen, das räume ich gerne ein, war nicht durchweg so eindeutig. Nur eine kleine Minderheit hat dazu Näheres ausgeführt. Diese hält eine Boykottforderung aus verschiedensten Gründen für nicht geeignet, sehen etwa die Problematik angesichts der deutschen Geschichte, die Angreifbarkeit einer solchen Position.

Es gab indessen auch viele Zuschriften von Individuen, Organisationen und Netzwerken, aus dem In- und Ausland, die an der Boykottkampagne teilnehmen. Sie beurteilen die Boykottfrage vollkommen anders als Ihr, die Ihr sie *kategorisch* ablehnt – und nicht nur aus Gründen, die für Deutschland spezifisch sind und in der Tat bedacht werden müssen. Ich halte das auch für einen Fehler in Eurer Erklärung. Ihr stellt Euch damit gegen die Versammlung der sozialen Bewegungen von Bélem, gegen die israelische Opposition selbst, die die BDS-Kampagne mit trägt, gegen namhafte jüdische Persönlichkeiten, gegen kirchliche Organisationen in Schweden, gegen Studentenorganisationen in Britannien, gegen norwegische und griechische Hafenarbeiter, den Aufruf von 57 französischen Intellektuellen, um nur einige zu nennen. Sind das auch alles Antisemiten? Bedienen die auch alle „finstere Klischees“?

Im scharfen Kontrast zu den positiven Rückmeldungen stand eine Fülle von Mails an die Internetseite der WAZ, auf der Internetseite Political Incorrect (deren bloßes Lesen schon starker Nerven bedarf!) usw. sowie an mich privat, die mich in den ersten Tagen in Grund und Boden verurteilt haben. Was sich da in unerhörtem Ausmaß gegen einen linken OB-Kandidaten und die LINKE insgesamt austobte *und hinter Israel versteckte* und zum Teil geradezu philosemitisch aufführte, war nicht der humanistische Aufschrei gegen „Antisemitismus“ und „rot lackierte Faschisten“, sondern in sehr großem Umfang zutiefst menschenverachtend, rassistisch und faschistoid. Islamophobie, Migranteneindlichkeit und Kulturchauvinismus waren erschreckend häufige Stereotypen. Uns hat das sehr zu denken gegeben. Nehmt das bitte einfach zur Kenntnis. Diese Tatsachen stützen Eure Ausgangsthese jedenfalls nicht.

Des Weiteren schreibt Ihr: „Äußerungen, die antisemitisch sind oder wirken, sind für uns gänzlich inakzeptabel ...“ Ich weise entschieden zurück, dass meine Äußerungen in der ganzen Streitfrage antisemitisch waren. Dabei kann ich allerdings nur die Verantwortung für etwas übernehmen, was ich gesagt und getan habe. Für die bewusste Verkürzung und Fälschung meiner Ausführungen in dem fraglichen Telefonat kann ich das nicht. Ich habe das bereits am 24.02. gegenüber der WAZ richtig gestellt. Meine Erklärung findet sich auch auf den Internetseiten des Kreisverbands und des Landesverbands NRW. Sie sollte Euch ebenfalls bekannt gewesen sein. In der WAZ fand sie keine Berücksichtigung. Im Gegenteil. Derselbe WAZ-Mitarbeiter setzte seine unsaubere Arbeitsweise fort, indem er tags darauf eine Mailkorrespondenz mit der Pressestelle von ATTAC und ein Telefonat mit der Pressesprecherin Frau Distelrath ebenfalls so verfälschte, um bei der Leserschaft den Eindruck zu erwecken, es

gebe überhaupt keinen Aufruf von Seiten des Weltsozialforums, auf den ich mich berufen hatte. Dazu habe ich inzwischen die schriftliche Aussage von Frau Distelrath.

Selbstverständlich kämpfen wir als LINKE gegen antisemitische Äußerungen und Aktivitäten. Ich brauche Euch gegenüber hoffentlich keine Tätigkeitsnachweise zu führen. Nur soviel: Im Herbst letzten Jahres gewann ein Mitglied unseres Kreisverbands mit unserer Unterstützung einen Prozess gegen einen städtischen Mitarbeiter, der sich des öfteren in übelster Weise durch antisemitische und migrantenfeindliche Witze öffentlich hervorgetan hatte.

Politisch sehr problematisch wird Euer Postulat allerdings, wenn es heißt „... Äußerungen, die antisemitisch wirken“. Als führende Mitglieder und MandatsträgerInnen unserer Partei solltet Ihr Euch nicht auf so dünnes Eis begeben. DIE LINKE würde sich damit in die Hände derjenigen Akteure begeben, die jede Kritik an der israelischen Regierungspolitik, an der Unterdrückung der Palästinenser, den Kriegsverbrechen in Gaza und anderswo unter dem Stichwort „Antisemitismus“ tabuisieren wollen und ihre entsprechende mediale Macht dafür ausspielen. Das hat doch diese ganze Angelegenheit auch wieder einmal deutlich gemacht! Über den Antisemitismus-Vorwurf als politische Waffe gibt es inzwischen Fallstudien und politikwissenschaftliche Literatur. Ich empfehle Euch nur Mearsheimer/Walt: Die Israel-Lobby, eine Fallstudie aus den USA. Ihr werdet erschreckende Parallelen darin finden zu der Art und Weise, wie ich öffentlich nieder gemacht worden bin

Noch eine letzte Bemerkung: Ihr besteht darauf, dass sich unsere Partei, die sich dem Kampf gegen Faschismus, Antisemitismus und Rassismus programmatisch verschrieben habe, hier „keine Zweideutigkeiten“ erlauben dürfe. Ich teile Eure Meinung und möchte auch hier darauf verzichten, Tätigkeitsnachweise aus meinem fast 40-jährigen politischen und gewerkschaftlichen Leben anzuführen. Sie sind Legende.

Von Euch und von der gesamten Partei erwarte ich allerdings, dass wir uns auch in der Grundsatzfrage *Universalität* der Menschenrechte und des Völkerrechts (insbesondere des Rechts auf Selbstbestimmung) keinerlei „Zweideutigkeiten“ erlauben. Diese Rechte werden durch eine brutale israelische Unterdrückungspolitik dem palästinensischen Volk vorenthalten. Die israelische Regierungspolitik und Armee sind Täter, nicht Opfer. Der wahl- und machtpolitische Vormarsch von ausgesprochen rechtsradikalen und rassistischen Strömungen in Israel sollte uns allen allergrößte Sorgen machen. Er erschwert die Suche nach einem gerechten Frieden noch mehr als bisher schon. Die LINKE muss sich demgegenüber positionieren. Die linke Opposition in Israel und ihre Zusammenarbeit mit der palästinensischen Seite muss von uns entschieden unterstützt werden.

Menschenrechte sind für mich die minimale gemeinsame politische Geschäftsgrundlage. Auch für Israel darf es davon keine Freistellung geben. Ich halte diese Klarstellung auch deshalb für wichtig, weil DIE LINKE mit Praktiken und Ideologien definitiv gebrochen hat, die sich im Namen des Sozialismus ebenfalls schwerste Verfehlungen haben zuschulden kommen lassen. Ich bin bisher davon ausgegangen, dass dieses Kapitel in der LINKEN aufgearbeitet worden ist und die politischen Lehren gezogen wurden. Wenn wir heute, aus Gründen einer angeblichen „Staatsräson“ oder aus koalitionspolitischen Rücksichtnahmen mit dieser programmatischen Grundsatzfrage gegenüber der vorherrschenden israelischen Politik „großzügig“ umgehen, könnte uns das noch böse auf die Füße fallen. Menschenrechte sind unteilbar und ich werde Verbrechen gegen die Menschlichkeit auch weiterhin so nennen.

Abschließend möchte ich nochmals betonen, dass es noch auf lange Zeit aufgrund der historisch untilgbaren Naziverbrechen ein besonderes Verhältnis zwischen Deutschland und Israel geben muss. Dazu zählen die Erinnerungskultur, der zwischenmenschliche, kulturelle, wissenschaftliche und wirtschaftliche Austausch. Dazu gehört auch die Unterstützung bei der Suche nach einem gerechten Frieden in Nahost. Nicht länger hinnehmbar ist die fortgesetzte Komplizenschaft bei der Unterdrückung der Palästinenser.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hermann Dierkes

Anlage: Meine Erklärung vom 24.02.09, die von der WAZ nicht berücksichtigt wurde

Persönliche Stellungnahme von Hermann Dierkes zum WAZ-Artikel vom 24.02.09

Zu den Angriffen auf meine Person und die LINKE im Zusammenhang mit dem Bericht über die Nahost-Veranstaltung in Hamborn erkläre ich Folgendes:

1. Ich halte die in im Aufruf des 9. Weltsozialforums und zahlreicher GlobalisierungskritikerInnen aus aller Welt enthaltenen Aktionsformen gegen die unhaltbare Politik der israelischen Regierung gegenüber dem palästinensischen Volk für legitim. Auch durch Boykott, Deinvestition und einen Stop der Waffenlieferungen muss versucht werden, diese Politik zum Einlenken zu bewegen. Wenn alle Proteste und UN-Resolutionen nichts nützen, um ständigen schweren Menschenrechtsverletzungen in den Arm zu fallen, sind auch diese Mittel legitim. Sie mit dem rassistischen Nazi-Boykott gegen jüdische Geschäfte zu vergleichen, ist zutiefst unredlich. Das Welt-sozialforum fördert nicht Rassismus und Unterdrückung, sondern bekämpft sie in allen Formen.
2. Berechtigte Kritik an der israelischen Regierungspolitik als „antisemitisch“ zu diffamieren, fällt auf ihre Urheber zurück. Die LINKE ist entschiedene Vorkämpferin gegen Rassismus und Neonazis. Etliche ihrer Mitglieder wurden unlängst Opfer von neonazistischen Übergriffen auf dem Nachhauseweg von der großen Anti-Nazi-Demo in Dresden.
3. Wer die Ablehnung brutaler Kriege gegen die Zivilbevölkerung wie zuletzt in Gaza, illegale Siedlungen in den besetzten Gebieten, Landraub und ethnische Säuberung, Mauerbau, wirtschaftliche Strangulierung und Unterdrückung mit der Keule „Antisemitismus“ und als eine Form des Rassismus diffamiert, bei dem muss etwas fürchterlich durcheinandergeraten sein. Er muss sich fragen lassen, wo die Grenze für seinen Zynismus ist welche moralischen und politischen Maßstäbe er eigentlich vertritt. Menschenrechte sind unteilbar. Ihre schwerwiegende und ständige Verletzung können auch nicht mit der Nazibarbarei und der Bedrohung der Existenz Israels gerechtfertigt werden. Die israelische Regierung und Armee sind in diesem Konflikt Täter, nicht Opfer. Diese Politik schadet auch Israel ganz immens, indem sie die Feindschaft in der Region und weltweit vertieft anstatt abzubauen.
4. Ich bedauere außerordentlich, dass Stimmen aus der deutsch-israelischen Gesellschaft Duisburg so reflexartig reagiert haben und meine Kritik so unsachlich diffamieren wie bereits im „Flaggenstreit“. Ich weiß, daß es in der jüdischen Gemeinde - und der Diaspora weltweit – viele andere Stimmen gibt, die diese israelische Regierungspolitik nicht unterstützen. Wer Nazibarbarei und Shoa instrumentalisiert, um das schlimme Unrecht an den Palästinensern zu rechtfertigen, sich über das Völkerrecht hinwegsetzt, verhöhnt die Opfer der Nazi-Barbarei und der Helden des Warschauer Aufstands. Wer die Kämpfer für die universalen Menschenrechte als Antisemiten diffamiert, macht den Menschen aus durchsichtigen Gründen ein X für ein U vor und verharmlost den Antisemitismus. Mein Einsatz gilt einem baldigen gerechten Frieden in Nahost. Gerechter

Friede für Israelis und Palästinenser! Wer das Existenzrecht Israels in definierten Grenzen verteidigt wie ich, muss auch das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser respektieren. Blinde Rechtfertigung der israelischen Regierungspolitik läuft Gefahr, Antisemitismus zu verstärken. Meine Position ist im Übrigen deckungsgleich mit derjenigen der linken Opposition in Israel selbst.

Hermann Dierkes

Schluss mit dem Kesseltreiben gegen Hermann Dierkes - Erklärung der internationalen sozialistischen linken - Hermann Dierkes – Vorsitzender der Ratsfraktion der LINKEN Duisburg – hat sich gegen die israelische Unterdrückung der Palästinenser ausgesprochen. Auf einer Veranstaltung des Ortsverbands Duisburg-Hamborn der Partei DIE LINKE hat er auf die Frage, was man denn praktisch tun könne, auf den Aufruf „Boykott, Desinvestition, Sanktionen“ der Versammlung der sozialen Bewegungen des Weltsozialforums in Belém (Brasilien) verwiesen. Die SPD-nahe Tageszeitung WAZ, gefolgt von vielen Akteuren aus Politik, Verbänden und regierungstreuen Israel-Lobbyisten entfachten daraufhin eine beispiellose Hetzkampagne >>>.



Interview mit Hermann Dierkes, Oberbürgermeisterkandidat der LINKEN, dem wegen eines Boykottaufrufs gegen Israel Antisemitismus vorgeworfen wurde - Muslim-Markt - **MM: Ausgangspunkt für eine hemmungslose Medienkampagne gegen ihre Person war ihre Kritik an der Politik der israelischen Regierungen gegen das palästinensische Volk. Was haben Sie eigentlich so fürchterliches gesagt, dass Sie einer Art öffentlicher Hexenverbrennung ausgesetzt wurden?** - Dierkes: Wie in den vielen Fällen zuvor, habe ich die kriegerische Aggression der israelischen Regierung und Armee öffentlich kritisiert. Während des Gaza-Kriegs im Januar habe ich im Zusammenhang mit dem damaligen "Flaggenstreit" in einem offenen Brief an die Deutsch-Israelische Gemeinde Duisburg ihre einseitige Haltung kritisiert und die Legitimität der Anti-Kriegsdemonstrationen verteidigt. >>>

»Ich bleibe weiter Fraktionsvorsitzender« - Die Forderung nach Sanktionen gegen Israel wird breit unterstützt – auch wenn manche Medien das anders sehen. Gespräch mit Hermann Dierkes - Interview: Peter Wolter >>>

OFFENE Replik der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost auf den Offenen Brief des Diakonischen Werkes Duisburg vom 24. Februar 2009 an Hermann Dierkes - Zu diesem Vorgang nehmen wir Stellung wie folgt: Herman Dierkes wurde aufgrund seiner öffentlich bezogenen Stellung zur Israelpolitik von so vielen Seiten und so hart gescholten, dass er sich zum Rücktritt von seiner Funktion im Duisburger Rat gezwungen sah. Wie aus der Presse bekannt ist, wurde er wohl von der Führung seiner Partei allein gelassen, wenn nicht sogar zum Rücktritt gedrängt. Nach Lage der Dinge handelt es sich hier um einen Vorgang, der keineswegs nur als Duisburger Provinz-, sondern als bundesweiter Demokratieskandal bedauert werden muss. Dabei wird Dierkes Position von breiten Teilen der internationalen sozialen Bewegungen - darunter auch unzählige christ- und sogar evangelisch-kirchliche und selbstverständlich viele jüdische Organisationen – getragen.

Brief an Hermann Dierkes - Reuven Cabelman - Lieber Hermann Dierkes, als orthodoxer Jude will ich Ihnen auf diesem Wege meine uneingeschränkte Solidarität übermitteln. Ich erlebe die etablierte Parteienlandschaft Deutschlands ausschließlich als Fürsprecher der zionistischen Ideologie und des Staates, der aus dieser hervorgegangen ist. Die wenigen Ausnahmen kritischer Stimmen innerhalb dieser Parteien werden in der Regel mundtot gemacht und sind oder waren übelsten Verleumdungen und persönlichen Diffamierungen ausgesetzt. Auch auf die Gefahr hin, dass Sie aus parteipolitischen Erwägungen und ideologischen Differenzen heraus mit nachgenannten Personen nicht "in einen Topf geworfen" werden wollen, so muss dennoch

simpel und ergreifend festgestellt werden, dass Sie nach Möllemann, Karsli und Hohmann ein weiteres Opfer zionistischer Inquisition geworden sind.

Aus Leserbriefen an die Redaktion der jW - Mitverantwortlich - Zu jW vom 28. Februar/1. März: Leserbrief von Ulrich Sander »Naheliegende Frage« Es ist ja aus demokratisch-meinungsfreiheitlichen Erwägungen völlig in Ordnung, daß jW die Kritik des Herrn Sander am vorgeschlagenen Boykott israelischer Waren als Leserbrief veröffentlicht hat. Weil er dies jedoch in einer provokant pöbelnden Sprache tut, lasse ich mich mal einfach provozieren und will entsprechend antworten >>>

Naheliegende Frage - Ulrich Sander, Dortmund >>>

»Mein gesamter Kreisverband steht hinter mir« - Gespräch mit Hermann Dierkes >>>

Hintergrundlinks zu Hermann Dierkes >>>

Antideutsche Leitkultur - Der Schwarze Kanal - Werner Pirker - Hermann Dierkes, OB-Kandidat der Linken in Duisburg, hatte auf einer Palästina-Veranstaltung eigentlich nur die Position des Weltsozialforums im brasilianischen Belém angesichts der israelischen Massaker in Gaza zur Kenntnis bringen wollen. »Angesichts der deutschen Geschichte wecken diese Äußerungen unsägliche Assoziationen und bedienen finstere Klischees«, entsetzte sich die Bundestagsvizepräsidentin und frühere Pionierleiterin Petra Pau. Die Unkultur der »Antideutschen« ist mittlerweile zur deutschen Leitkultur aufgestiegen. Besonders exzessiv wird sie in Teilen der Linkspartei gepflegt. Davon zeugt nicht nur die prozionistische pressure group »BAK Shalom«, die bei der Entlarvung von Antizionismus und Antiamerikanismus den denunziatorischen Eifer von Blockwarten der westlichen Wertegemeinschaft an den Tag legt. Ganz im antideutschen Debattenstil erfolgten auch die gegen Dierkes gerichteten Angriffe diverser Linkspolitiker in Nordrhein-Westfalen. Günter Will aus Gelsenkirchen warf ihm vor, »antijüdische Bestrebungen« zu schüren. Und Anna Lena Orłowski sprach von »antisemitischen Äußerungen, die ihm voll bewußt waren«.

»Ich rufe schon seit langem zum Boykott auf« - Der Zentralrat der Juden hat sich zum Sprachrohr der israelischen Regierung gemacht. Ein Gespräch mit Evelyn Hecht-Galinski - Interview: Peter Wolter - Ist es für Sie antisemitisch, zum Boykott israelischer Exportwaren aufzurufen, wie es Hermann Dierkes, der Duisburger OB-Kandidat der Linkspartei gemacht hat? >>>

Duisburger OB-Kandidat tritt ab - Linker scheitert an Israel-Konflikt - Pascal Beucker - Seinen Posten räumt er, aber in seinen Positionen bleibt Hermann Dierkes unerschütterlich. (...) **Die Opfer der Schoah und die Helden des jüdischen Aufstands von Warschau würden sich mit Grausen abwenden, mit welchem Ungeist und für welche Zwecke sie offenkundig instrumentalisiert werden, um die undemokratische und mörderische Politik der israelischen Regierungen gegen das palästinensische Volk zu rechtfertigen und zu tabuisieren**", schreibt er in seiner Rücktrittserklärung. >>>

Leserbrief zu Linker OB-Kandidat tritt zurück und dem Interview mit Frau Hecht-Galinsky von P.Wolter - Wer an der Veranstaltung teilgenommen hat, konnte an dem Aufruf zum Boykott von israelischen Waren keinen Anstoß nehmen: denn dazu wird seit dem Libanon- und Gazakrieg von 2006 und dem Gazakrieg zum Jahreswechsel 2009 international von Juden und Nichtjuden aufgerufen. Wer das mit "Kauft nicht bei Juden" vergleicht, hat böse Absichten! Er unterscheidet bewusst! nicht zwischen Juden und den Kriegstreibern in Israel. Herr Dierkes und Frau Hecht-Galinski sollten wegen ihrer Zivilcourage ausgezeichnet werden; sie bieten der Desinformationspolitik eines israelnetzes.org die Stirn! Gertrud Nehls, Hagen

Pressemitteilung - Hermann Dierkes tritt als OB-Kandidat und Fraktionsvorsitzender in Duisburg zurück >>>

»Mein gesamter Kreisverband steht hinter mir« Der Aufruf eines Kommunalpolitikers der

Linkspartei zum Boykott israelischer Waren löst Empörung aus. Gespräch mit Hermann Dierkes Interview: Peter Wolter - Hermann Dierkes ist Vorsitzender der Ratsfraktion der Linkspartei in Duisburg >>>

Hasbara – Die Formen der Antisemitismuskeulen - Teil 2 - Verwandlungs"künste" - Notwendige, berechnete Kritik wird in Antisemitismus verwandelt. - Dokumentation von Erhard Arendt >>>

Hasbara – Die Formen der Antisemitismuskeulen - Teil 1 - Links gleich Rechts und mit Islamisten vereint? >>>

Fiand - Brief an den Zentralrat der Juden >>>

Arendt - Täuschen, mit dem Kopf im Sand - Zentralrats-Vize Dieter Graumann sieht die Linkspartei in der Tradition der SED - und die habe in Nahost "Blut an den Händen" gehabt>>>

Melzer - Habibi Stephan J. Kramer – ein Barbar oder ein Gutmensch? >>>

»Mein gesamter Kreisverband steht hinter mir« Der Aufruf eines Kommunalpolitikers der Linkspartei zum Boykott israelischer Waren löst Empörung aus. Gespräch mit Hermann Dierkes Interview: Peter Wolter - Hermann Dierkes ist Vorsitzender der Ratsfraktion der Linkspartei in Duisburg >>>

Pressemitteilung - Hermann Dierkes tritt als OB-Kandidat und Fraktionsvorsitzender in Duisburg zurück >>>